

## Unterqualifikation oder Überqualifikation?

Anmerkungen zum Bedarf an unqualifizierten Arbeitskräften

---

*Dr. rer. pol. Dieter Mertens, geb. 1931 in Krefeld, ist seit 1967 Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.*

In den letzten Jahren nimmt der Appell wirtschaftspolitisch interessierter Instanzen an die Bildungsplanung immer dringlichere Formen an, das Bildungssystem mit dem Beschäftigungssystem besser zu verzahnen, die Ermittlung von Qualifikationsbedarfen in der Wirtschaft den Bildungsinvestitionen und der Bildungsberatung zugrunde zu legen, die Beschäftigungswirkungen bildungspolitischer Entscheidungen besser zu berücksichtigen usw.

### *Grundfragen der Verzahnung von Bildungs- und Beschäftigungssystem*

Diese Forderung hat durchaus Berechtigung, auch wenn sie häufig in einer so naiven und vorwissenschaftlichen Form auftritt, daß sie nicht so zu befriedigen ist, wie dies häufig erwartet wird: durch die vollständige und fehler-

freie (und übrigens auch auf Flexibilitätsphänomene verzichtende) Planungs- und Lenkungsverkoppelung der verschiedenen gesellschaftlichen Subsysteme. Es ist zu bekannt, daß aus verfassungsmäßigen und methodischen Gründen eine solche Vorstellung Utopie bleiben muß. Eine garantiert angemessene Beschäftigung kann das Bildungssystem nie schaffen, ebenso wie das Beschäftigungssystem nie störungsfrei auf die Absolventenstruktur des Bildungssystems eingestellt werden kann.

An die Stelle der Vorstellung eines planerischen Verzahnungsmechanismus können aber Tendenz- und Risiko-Überlegungen treten, um rationale Lenkungsentscheidungen bei weitgehender prognostischer Unsicherheit zu ermöglichen. Die nützlichen Risiko-Überlegungen sind von zweierlei Art: Sie beziehen sich einmal auf die *Risiko-Wahrscheinlichkeit* und zum anderen auf die *Risiko-Qualität*, oder mit anderen Worten: Zum einen ist zu prüfen, in welcher Richtung die Bedarfswirklichkeit *wahrscheinlicher* von der gegenwärtigen Planungstendenz abweicht, und zum zweiten, welche Abweichungsrichtung *unerwünschter* wäre (und welche erträglicher). Angewandt auf den künftigen Qualifikationsbedarf stellen sich die Risiko-Fragen so:

- a) Ist es bei den gegenwärtigen Planungstendenzen wahrscheinlicher, daß in kommenden Jahrzehnten „Unterqualifikation“ der Bevölkerung in bezug auf das Beschäftigungssystem auftritt oder ist es wahrscheinlicher, daß „Überqualifikation“ auftritt?
- b) Ist es unerwünschter bzw. problematischer, wenn „Unterqualifikation“ oder wenn „Überqualifikation“ auftritt?

Je nach der Beantwortung dieser beiden Fragen muß bei der Aufstellung von Qualifikationsbedarfskalkülen und sodann auch bei der Bildungsplanung selbst vorgegangen werden: Entweder geht man davon aus, daß „Überqualifikation“ wahrscheinlicher und unerwünschter ist; dann bezweckt man durch Bildungsplanung höchstens so viel hochqualifizierte Absolventen zu schaffen, wie mindestens bzw. garantiert mit herkömmlich adäquaten Arbeitsplätzen versorgt werden (*Spitzenverknappung*), und qualifiziert den Rest so gering wie möglich; für die Bedarfsberechnung bedeutet dies, daß zunächst und vor allem der garantierte Bedarf an Hochqualifizierten kalkuliert wird. Oder man geht von der Überlegung aus, daß „Unterqualifikation“ der wahrscheinlichere und unerwünschtere Fall ist; dann würde man für die niedrigste Qualifikationsgruppe höchstens nur einen solchen Anteil an Erwerbspersonen einplanen, wie er mindestens garantiert mit menschenwürdigen und existenzsichernden Arbeitsplätzen rechnen kann, alle übrigen aber würde man sicherheitshalber auch ohne vorhersehbare Bedarfsgarantien so hoch wie möglich qualifizieren (*Basisverknappung*); im Falle einer solchen gesellschaftspolitischen Linie hätte sich die Bedarfsberechnung vor allem mit dem Bedarf an Unqualifizierten zu befassen, als Ausgangs-

punkt für alle weiteren bildungspolitischen Überlegungen. (In den auch denkbaren Fällen, daß Risiko-Wahrscheinlichkeit und Risiko-Qualität sich nicht decken, sind Gewichtungssysteme hinzuzufügen.) *Das Risiko der Überqualifikation — eine falsche These*

Merkwürdigerweise wird in aller Regel die erste Vorgehensweise gewählt, so als ob die beiden Risiko-Fragen längst entschieden seien, und zwar in der Weise, daß es sowohl wahrscheinlicher wie auch unerwünschter wäre, daß qualifizierte Arbeitskräfte mit nicht adäquaten Arbeitsplätzen versorgt werden müßten, als daß Arbeitskräfte wegen mangelnder Qualifikation überhaupt nicht mit Arbeitsplätzen rechnen könnten. Diese Unterstellung ist deswegen merkwürdig, weil alle bisherigen Erfahrungen mit Verwerfungen zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem in die entgegengesetzte Richtung deuten. Dazu hier nur einige Hinweise (die aber erweitert werden können):

Alle bekannten Arbeitslosenstrukturen im In- und Ausland zeigen eine starke Überrepräsentation der unqualifizierten Kräfte und in aller Regel sogar eine direkte Korrelation mit fallender Qualifikationsebene. Diese Besonderheit hat sich in jüngerer Zeit sogar — trotz allgemein steigenden Qualifikationsniveaus der Erwerbsbevölkerung — noch verstärkt. So betrug der Anteil der Unqualifizierten an den deutschen Arbeitslosen im Rezessionsjahr 1967 knapp 50 Prozent, im Rezessionsjahr 1975 dagegen schon knapp 60 Prozent. Die Arbeitslosenquote betrug im September 1975 (bei durchschnittlich 4,4 Prozent für alle Erwerbspersonen) für Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung 6,7 Prozent, für Absolventen einer Lehre oder Anlernung etwas über 3 Prozent, für Personen mit Berufsfach- und Ingenieurschulausbildung rund 1,8 Prozent und für Akademiker 1,5 Prozent. Im Verlauf der letzten Rezession stieg die Arbeitslosigkeit gruppenspezifisch um so schwächer an, je höher das Qualifikationsniveau war und dies, obwohl das Angebot von Qualifizierten weit stärker wuchs als das Angebot von Unqualifizierten, das seit dem Stopp der Ausländerwerbung eher absolut rückläufig ist. Für die frischen Absolventen des Schul- bzw. Berufsbildungssystems gilt das gleiche: In der Rezession war die Eingliederung auf dem Arbeitsmarkt um so schwieriger, je niedriger das Qualifikationsniveau. In der Jugendarbeitslosigkeit sind die Gruppen ohne oder mit sehr geringer beruflicher Qualifikation noch stärker überrepräsentiert als in der Gesamtarbeitslosigkeit. Bei den Berufsanfängern ist zu schätzen, daß weniger als die Hälfte der Unqualifizierten überhaupt eine Chance auf einen Arbeitsplatz haben, während die sofortige Berufseinmündung bei Hochqualifizierten trotz aller Befürchtungen in der Masse doch recht reibungslos vonstatten ging (Einzelprobleme sollen damit nicht verniedlicht werden; hier geht es um die vergleichende Bewertung der großen Qualifikationsgruppen).

Die Entwicklungstendenzen bei den Arbeitsplätzen für Unqualifizierte bestätigen den Eindruck stark abnehmender Beschäftigungschancen für Hilfsarbeiter und Hilfsangestellte. Zwar sind diese Gruppen beschäftigungsstatistisch und

klassifikatorisch leider außerordentlich schlecht belegt, aber Teilgrößen, wie z. B. der Anteil der Hilfsarbeiter an der Industriebeschäftigung, weisen für die letzten Jahrzehnte eine deutliche Abnahme dieses Arbeitsplatztyps aus. Das gleiche gilt für vorliegende Projektionen. Das *Battelle-Institut* prognostiziert für 1990 ca. 1 Million Hilfsarbeiterplätze, das sind etwa 5 Prozent der Beschäftigten. Diese Größenordnung findet sich in den USA heute schon (wo die Gruppe der Arbeitslosen zum größten Teil ebenfalls aus Unqualifizierten besteht)<sup>1</sup>.

Der Anteil der Personen ohne jegliche Ausbildung an den Erwerbstätigen betrug noch Anfang der 60er Jahre etwa ein Drittel; inzwischen dürfte er zwischen einem Viertel und einem Fünftel liegen. Der Verzicht auf eine Ausbildung ist bei den Jugendlichen in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich zurückgegangen. Vor dem 1. Weltkrieg dürfte etwa die Hälfte der Jugendlichen ohne eine Ausbildung in die Arbeitswelt eingetreten sein. Zwischen den beiden Kriegen war es etwa ein Drittel, in den 50er Jahren rund ein Viertel, und für Anfang der 70er Jahre darf man diese Quote auf rund 15 Prozent schätzen, zuletzt sogar bei nahe 10 Prozent. Die Ausbildungsneigung war immer bei Jungen erheblich höher als bei Mädchen, aber in den letzten Jahrzehnten hat sich im Prinzip auch für Mädchen die Einstellung durchgesetzt, daß der Erwerb einer ordentlichen beruflichen Qualifikation der Normalfall sein sollte.

Diese Entwicklung galt immer auch als bildungspolitisch erwünscht; diskutiert wird sogar in vielen Ländern eine Berufsausbildungspflicht für alle. Der Bildungsgesamtplan sieht für 1985 das Erreichen einer Quote von 2 bis 3 Prozent Ausbildungsverzichtern unter den Schulabgängern vor.

Bei dieser Entwicklung ist es um so bemerkenswerter, daß die strukturell abnehmende Zahl der Unqualifizierten dennoch, wie oben gezeigt wurde, immer stärker von Beschäftigungsrisiken betroffen ist. Mit anderen Worten: Sowohl die Zahl der Unqualifizierten wie die Zahl der Arbeitsplätze für Unqualifizierte gehen weltweit zurück, aber die Zahl der Arbeitsplätze noch rascher als die Zahl der Bewerber um diese Arbeitsplätze.

#### *Das Hauptproblem ist die Unterqualifikation*

Entgegen fast landläufiger Vorstellung besteht also die gegenwärtige und absehbare Hauptverzerrung zwischen Bildung und Arbeitsmarkt nicht in der Produktion von zuviel Qualifikationen, sondern in der Produktion von zuviel Unqualifizierten. Auch die für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen eingesetzten Mittel konzentrieren sich in Krisenlagen zu Recht stets auf die Höherqualifizierung der Erwerbslosen (und nicht etwa auf Umschulung, womöglich gar in niedrigere Qualifikationen). Zur Bewältigung der aktuellen, in der Praxis brennenden Probleme wird also durchaus sachgerecht verfahren, während für die

---

<sup>1</sup> Die Abwärtsentwicklung wird vermutlich abgeschwächt, wenn man Ungelernte und Angelernte zusammenfaßt, denn die Zahl der Angelernten scheint eher zu stagnieren. Allerdings sind die statistischen Definitionen unsicher.

bildungspolitische Diskussion oft ganz entgegengesetzte, realitätsferne Vorstellungen zugrunde gelegt werden. So kann man durchaus beobachten, daß es als gewichtiges „strukturelles Arbeitsmarktproblem“ bezeichnet wird, daß zuviel Qualifikationen produziert würden und daraus Schlußfolgerungen für die Bildungspolitik bezogen werden, während gleichzeitig fiskalische „Strukturverbesserungsprogramme“ ausgelöst werden, die zum Zwecke haben, den unqualifizierten Arbeitslosen Qualifikationen zu verschaffen, damit sie jetzt vermittelbar und in Zukunft von Rezessionen weniger bedroht werden. Diese Maßnahmen folgen auch konsequent aus der Beobachtung der Entwicklung bei den Arbeitslosen einerseits und den offenen Stellen andererseits: Während die meisten Arbeitslosen unqualifiziert sind, werden die meisten (ohnehin konjunkturell zu wenigen) offenen Stellen für qualifizierte Kräfte ausgewiesen.

Auch eine andere landläufige Vorstellung ist unrichtig: Nämlich die, daß das Verhältnis zwischen Bewerbern und offenen Stellen bei den hohen Qualifikationen besonders ungünstig sei oder sich in den letzten Jahren besonders ungünstig entwickelt habe. Dieses Verhältnis (Bewerber : Stellenangebote) betrug für akademische Berufe 1975 rund 1,6 : 1 und 1967 rund 1,7 : 1. Es hat sich insgesamt von Rezession zu Rezession also nicht dramatisiert. Dies gilt auch durchweg für die einzelnen Fachrichtungen. Demgegenüber hat es sich, um nur einige Beispiele aus dem Bereich der anderen Qualifikationen anzuführen, von Rezession zu Rezession bei den Chemikern von 2 auf 11, bei den Elektrikern von 1 auf 6, bei den Montierern von 2 auf 14, bei den Textilarbeitern von 1 auf 5, bei den technischen Zeichnern von 1 auf 7, bei den Verkäufern von 1 auf 4 und auch bei fast allen anderen Qualifikationen dieser Ebene verschlechtert. Für unspezifizierte Hilfsarbeiter aber betrug die Relation im Dezember 1967 22 : 1 und im Dezember 1974 56 : 1<sup>2</sup>.

Alle diese Tendenzinformationen zeigen, daß die vielbesprochene Sorge vor einem künftigen „strukturbedingten Sockel von Arbeitslosigkeit“, der auch bei ausreichender konjunktureller Nachfrageentwicklung bestehen bleiben würde, also am ehesten in die Gefahr übersetzt werden kann, daß unqualifizierte Arbeitskräfte in Zukunft immer weniger auf zumutbare Arbeitsplätze treffen werden. Die umgekehrte Befürchtung, die am anderen Ende der Qualifikationspyramide ansetzt, hat einen sehr viel geringeren Wahrscheinlichkeitsgrad für sich.

Damit ist zunächst einmal hinreichend angedeutet, wie die anfangs gestellte erste Frage nach der Risikowahrscheinlichkeit angegangen werden könnte.

*Für die Zukunftsplanung ist Unterqualifikation gesellschafts- und wirtschaftspolitisch die schlechtere Lösung*

Der zweite Risikoaspekt betraf die Frage nach der Risiko-Erträglichkeit. Es ist also zu erörtern, ob unter gesamtwirtschaftlichen und –gesellschaftlichen

---

<sup>2</sup> Im Dezember 1975 war die Relation wahrscheinlich noch viel ungünstiger; sie liegt aber noch nicht vor.

Gesichtspunkten ein Planungsfehler, der zu viele und/oder zu hoch Qualifizierte im Verhältnis zur Arbeitsplatzentwicklung („Überqualifikation“) produziert, schwerer oder leichter wöge als ein Planungsfehler, der zu viele gar nicht oder gering Qualifizierte produziert („Unterqualifikation“). Dazu ist zunächst die Korrekturfrage zu stellen: Welcher Fehler wäre eher zu korrigieren?

Die Korrektur im Falle der „Überqualifikation“ könnte schmerzlich sein: Die Anpassung würde vielleicht durch die Besetzung von Arbeitsplätzen mit höheren als den mindestens erforderlichen Qualifikationen oder durch ein Umschulungssystem für Qualifizierte erfolgen. Die Wirkung der „Überqualifikation“ könnte aber auch ein raschere technologische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung und überhaupt die Eröffnung von Entwicklungschancen sein, die sich ohne ein reichliches Angebot an Qualifikationen gar nicht böten. Weder für den weltwirtschaftlichen Konkurrenzkampf noch für die binnenländische Entwicklung der Lebensverhältnisse könnte dies als Nachteil angesehen werden.

Auf der anderen Seite könnte die Anpassung wohl nur in geringem Umfang durch die Höherqualifizierung von unqualifizierten oder gering qualifizierten Erwachsenen erfolgen. Als Regelfall gilt nach gesicherten Forschungsergebnissen, daß das Weiterbildungspotential um so geringer ist, je niedriger die Erstqualifikation angesetzt war. Mangelnde Erstqualifikation gilt als ausgesprochenes Weiterbildungshemmnis; Spätkorrekturen auch in horizontaler Richtung, erst recht aber in vertikaler Richtung sind eher innerhalb der mittleren und oberen Qualifikationen herstellbar.

Auch der Ausgleich durch Wanderungsbeziehungen zum Ausland ist wohl viel eher dann möglich, wenn es vor allem an unteren Qualifikationen mangelt, als wenn die Versorgung mit hohen Qualifikationen den Anforderungen des Gesellschaftssystems nicht gerecht wird. Dies erklärt übrigens wohl auch zum Teil, daß die Bildungsexpansion der deutschen Bevölkerung von allen gesellschaftlichen Kräften befürwortet oder zumindest gelassen hingenommen wurde, solange ein ungehinderter Zugriff zu den ausländischen Arbeitsmärkten bestand. Erst seit dem Anwerbestopp haben die Sorgen vor einer zu geringen Nachwuchsproduktion an Unqualifizierten in der Bundesrepublik stark zugenommen. Dabei bestätigt sogar die Entwicklung der Ausländerbeschäftigung den oben aufgezeigten generellen Qualifizierungstrend. Das Qualifikationsniveau der in der Bundesrepublik beschäftigten Ausländer kann nämlich weder im Hinblick auf die in der Heimat erworbene Ausgangsqualifikation noch im Hinblick auf die Qualifikationsgrade der Tätigkeit in der Bundesrepublik als niedrig angesehen werden. Auch unter ihnen geht der Anteil der ungelerten Arbeitskräfte ständig zurück (1972 betrug er noch 31 Prozent). Berücksichtigt man, daß selbst unter den Ärzten (mit 7 Prozent Ausländeranteil an den Ärzten in der Bundesrepublik)

und anderen qualifizierten Berufen eine beachtliche Ergänzung des deutschen Arbeitskräftepotentials durch Ausländer stattgefunden hat, so sieht man, daß auch der Ausländeraspekt keine bedeutsame Änderung unserer Betrachtungen erbringt.

Auch eine Differenzierung zwischen den verschiedenen Stufen des mittleren und höheren Qualifikationsbereichs (etwa in dem Sinne, daß die Überproduktion von mittleren Qualifikationen weniger riskant und erträglicher sei als diejenige von hohen Qualifikationen) bringt nicht viel ein. Man müßte dann bei den aufgezeigten Tendenzen übersehen, daß für die Beschäftigungslage durchgängige statistisch gesicherte Beziehungen bestehen (nicht nur alle Qualifizierten sind in einer besseren Position als alle Unqualifizierten, sondern auch innerhalb der Gruppe der Qualifizierten sind die höher Qualifizierten in besseren beruflichen Positionen als die weniger Hochqualifizierten), müßte ferner übersehen, daß die bisherige Entwicklung der Bildungsexpansion ebenso wie die seinerzeit geplante eine parallele Ausdehnung beider Qualifikationsebenen zu ausschließlichen Lasten der Gruppe der Unqualifizierten aufweist und zusätzlich Gründe dafür finden, warum die wirtschaftspolitische und soziale Erträglichkeit arbeitsloser oder unterwertig beschäftigter Facharbeiter eher gegeben wäre als entsprechende Verhältnisse bei Akademikern.

Die Frage nach der Erträglichkeit der verschiedenen Risiken sollte aber auch auf eine Reihe von Gegenfragen stoßen, die sich — in ganz ungeordneter Reihenfolge — etwa so formulieren lassen:

Wessen Knappheit ist der Bevölkerung unbequemer: die der Lehrer und Ärzte oder die der Hilfsarbeiter und Putzfrauen? Was soll der künftige Produktionsschwerpunkt der deutschen Wirtschaft sein: Geräte, Maschinen, Anlagen oder Systeme zur Herstellung von Anlagen? Mit wem soll die Bundesrepublik im Jahr 2000 auf dem Weltmarkt konkurrieren: mit Entwicklungsräumen oder mit hochindustrialisierten Ländern wie den USA? Auf welchem Gebiet glauben wir, in eine Lohnkonkurrenz mit der übrigen Welt eintreten zu können: bei Hilfskräften oder bei hochqualifizierten Kräften? Welche Rolle denken wir uns für die Bundesrepublik innerhalb des europäischen Integrationsraumes: die der Werkbank oder die des Konstruktionsbüros? Wo sehen wir unsere komparativen Vorteile: in unseren Rohstoffen oder in unserem Humankapital? Welche Beschäftigungssicherheit wollen wir denen geben, die wir geplant nicht qualifizieren wollen? Auf welche Tätigkeitsgebiete des Menschen wollen wir die weitere Rationalisierung konzentrieren: auf körperliche, repetitive oder auf intellektuelle Arbeit? Wie steht es mit der Humanisierung der Arbeitsplätze: wie viele Arbeitsplätze sollen Selbstverwirklichung ermöglichen und für wie viele (und welche) wollen wir darauf verzichten? Was kann und soll durch überlegene Techniken ersetzt werden: Schmutz, Kraft, Routine oder Denkleistung? Wie wollen wir die weitere Verwissenschaftlichung der Arbeitsprozesse und die Pro-

duktivitätssteigerung (durch Wegrationalisierung von einfachen Funktionen) aufhalten? Wen bestimmen wir für die unqualifizierte Arbeit, nach welchen Kriterien gehen wir dabei vor und mit welcher Legitimation? Welche Mittel setzen wir ein, um die weltweite säkulare technische und soziale Entwicklung umzukehren? Wie wollen wir das Recht auf Qualifizierung, das Grundlage, Ausprägung und Merkmal des grundgesetzlichen Entfaltungsrechts ist, aus unserer Verfassung, unseren fundamentalen Idealen und unserem Denken beseitigen? Wer nimmt das in Angriff? Wie wollen wir soziale Integration für alle Gruppen und alle Individuen ohne berufliche Qualifikation sichern? Oder: Wie viele sozial unterprivilegierte bzw. nicht integrierte Personen brauchen wir und wozu? Wie werden wir die Zahl überzähliger Unqualifizierter im Jahr 2000 verringern können: durch Rücknahme des Rechts auf berufliche Integration für Frauen oder durch Auswanderung und wohin? Wer und mit welcher Leistung trägt dann die Soziallast?

In diesen Fragenzusammenhang seien einige Bemerkungen des gegenwärtigen Bundeskanzlers gestellt: „Wir wollen nicht noch mehr ausländische Arbeitskräfte heranziehen. Deshalb werden die gesamten ökonomischen Daten die exportierenden Unternehmen und darüber hinaus auch solche, die bisher nur für die Binnenmärkte produzieren, dazu zwingen, sich auf höherentwickelte Verfahren und Produkte zu orientieren. Ganz weit in die Zukunft gegriffen, stark vereinfachend und typisierend könnte man sagen: Am Horizont des Jahres 2000 sieht man ein Zeitalter heraufziehen, in dem Volkswirtschaften wie die deutsche im wesentlichen Patente, Verfahrenstechniken und Blaupausen exportieren. Davon kann eine Volkswirtschaft leben. Wenn dafür draußen genug Bedarf vorhanden ist und wir ihn besser oder schneller als andere befriedigen können, könnte man davon sogar gut leben.“

Nicht verträglich mit diesen Visionen wäre eine Entwicklung, die die deutsche Lizenzbilanz weiter passiviert. Klingt es nicht wie Hohn, daß zu Beginn der Bildungsexpansion eines ihrer wesentlich fördernden Motive die Beobachtung der um 500 Mill. DM passiven Lizenzbilanz der 60er Jahre war, während heute, wo dieses Defizit sich verdoppelt hat, von einigen zum Abgesang auf die Bildungsexpansion gerufen wird?

Es läßt sich also durchaus die Auffassung vertreten, daß nicht nur das Risiko, sondern auch die Problematik der „Unterqualifikation“ der deutschen Bevölkerung weit höher einzuschätzen ist als Risiko und Problematik der „Überqualifikation“. Wie stehen aber gegenwärtig die Aussichten?

### *Schlußfolgerungen*

Es wurde oben bemerkt, daß der Anteil der Bildungsverzichter unter den Schulabgängern jüngst bis auf nahe 10 Prozent gesunken ist und nach dem Bildungsgesamtplan weiter sinken soll, nach der Entwicklung der Arbeitsplätze auch



weiter sinken müßte. Demgegenüber ist für die nächsten 10 Jahre damit zu rechnen, daß für die wachsende Zahl der jährlichen Schulabgänger (von 755 000 im Jahre 1976 auf 960 000 im Jahre 1982) auch nicht annähernd ein berufliches Bildungsangebot zur Verfügung stehen wird, das es erlauben würde, auch nur die jüngste Quote von 10 bis 15 Prozent Bildungsverzichtern zu halten. Vielmehr würde, wenn die bildungspolitischen Tendenzen der Drosselung sämtlicher beruflicher Bildungskapazitäten von den Hochschulen bis zum betrieblichen und Fachschulbereich anhalten, zu einer Situation kommen, in der rund 25 Prozent der Schulabgänger des Jahres 1982 keinen regulären beruflichen Bildungsplatz erhielten. Eine solche Zurückschraubung der Entwicklung der letzten Jahrzehnte kann schon alleine deswegen nicht erwünscht sein, weil in den späteren 80er und dann erst recht in den 90er Jahren ein starker Rückgang der Nachwuchsversorgung und der gesamten Erwerbsbevölkerung bevorsteht, so daß versäumte Qualifikationschancen dann, wenn sie vielleicht für die Existenzsicherung der deutschen Gesellschaft für notwendig gehalten werden, aus dem Nachwuchs nicht mehr aufgeholt werden können. Die „Unterqualifikation“ der kommenden 10 starken Jahrgänge, die offenbar bevorsteht und fast geplant erscheint, wäre nie mehr gutzumachen. Dabei ist auch an die einzelnen Schicksale der von „Unterqualifikation“ Betroffenen zu denken: Den größeren Teil ihres aktiven Lebens werden sie in einer Volkswirtschaft verbringen müssen, die große Knappheit an hohen Qualifikationen bei hohen Soziallastquoten erfährt, aber kaum mehr Verwendung für Hilfskraftreserven hat.

Die Schlußfolgerung kann nur sein, daß es keine Antinomie zwischen Bildungs- und Beschäftigungserfordernissen in der gegenwärtigen Situation gibt. Gerade wenn man die Forderung nach einer exakteren Berücksichtigung der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Erfordernisse auf lange Sicht in der Bildungspolitik ernst nimmt (und nicht nur als Argument einbringt) und auf alle ihre Konsequenzen durchspielt, *muß es — beschäftigungspolitisch. — als eher verwegen angesehen werden, den Qualifizierungstrend der deutschen Gesellschaft zu stoppen, statt ihn mit allen Kräften fortzusetzen.*

Dies bedeutet auch, daß die in allen beruflichen Bildungsbereichen herrschende faktische Numerus-clausus-Situation aufgebrochen werden muß. Jeder in einem Bereich (auch in den Hochschulen) abgewiesene qualifizierte Bewerber schafft im Saldo einen zusätzlichen Bürger ohne Ausbildungsplatz. Hinter diesem Problem verblassen detailliertere Strukturfragen nach der nützlichsten Zusammensetzung des gesellschaftlichen Qualifikationsrasters. *Die Forderung muß vielmehr heißen, daß alle zur Verfügung stehenden oder durch bessere Kapazitätsnutzung erzielbaren Ausbildungsplätze ausgenutzt werden müssen.* Die Qualifikationsbedarfsforschung und die Bildungsplanung aber sollten genauere Berechnungen des Hilfsarbeiterbedarfs (wie sie in Ansätzen hier nur skizziert werden konnten) zur besseren Fundierung von bildungsplanerischen Überlegungen veranlassen. Dabei ist wieder an die obengenannte Alternative bildungsplanerischen Verhaltens zu er-

innern: Ist es wesentlicher, die Zahl der Bewerber für Spitzenpositionen so knapp zu halten, daß jeder von ihnen garantiert mit einem hochqualifizierten Arbeitsplatz (und dem entsprechenden Einkommensvorsprung) rechnen kann, ohne Rücksicht auf die Beschäftigungschancen und -bedingungen der weniger Qualifizierten? Oder ist es nicht gerechtfertigter, diejenigen, welche sich für unqualifizierte Arbeiten bereithalten, wenigstens vor allzu großer Bewerberkonkurrenz um die geringer werdende Zahl von Arbeitsplätzen zu schützen und ihnen durch diese „Verknappung“ Einkommen zu sichern, welche eine gewisse Entschädigung für den Qualifikationsverzicht darstellen — zumal, wenn auf diese Weise gleichzeitig die im nächsten Jahrhundert notwendige technologische und soziale Vorwärtsentwicklung gefördert wird? *Helmut Schmidt* dazu: „In sehr vielen Berufen wird dann wahrscheinlich sehr viel besser bezahlt werden müssen, damit sich Menschen für diese Berufe finden<sup>3</sup>.“ Dies ist natürlich eine andere Strategie als diejenige, vor deren Hintergrund entgegen allen Beschäftigungsdaten immer wieder die Klage über zuviel Qualifikation vorgebracht wird. *Mut zur „Überqualifikation“ oder Mut zur „Unterqualifikation“ — das ist offenbar die Frage!*

Selbstverständlich können bei all diesen Erwägungen finanzielle Momente nicht völlig außer acht gelassen werden. Obwohl auf den ersten Anschein überzeugend, ist es generell wohl durchaus nicht richtig, daß es billiger wäre, Hilfsarbeiter oder Quasi-Qualifikationen zu vermitteln als eine qualifizierte Ausbildung. Die kurz- und langfristigen — auch rein fiskalischen — *cost-benefit*-Rechnungen sind komplex, sie dürfen sich nicht nur auf die aktuelle Be- oder Entlastung eines bestimmten öffentlichen Haushaltstitels beziehen, sondern müssen kurz- und langfristige Steuer-, Beitrags-, Arbeitslosengelder und daneben auch multiplikative und andere sekundäre Fiskaleffekte einschließen. Wahrscheinlich ist die Drosselung der Ausbildungsansprüche der Gesellschaft weder kurz- noch langfristig billig. Im übrigen dürfen kurzlebige fiskalische Momente weder die langfristigen Hauptströmungen gesellschafts-, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Wollens vollends dominieren, noch dürfen — zwecks Entlastung von Verteilungskonflikten — fiskalische Engpässe dazu führen, daß als arbeitsmarktpolitisch sinnvoll ausgegeben wird, was bei näherer Betrachtung arbeitsmarktpolitisch absolut nicht sinnvoll ist, noch sollten umgekehrt fiskalische Momente ins Feld geführt werden, wo ausbildungs- und arbeitsmarktpolitisch auch kostenneutral zweckmäßig verfahren werden könnte (z.B. durch bessere Kapazitätsausnutzung).

---

<sup>3</sup> Interview in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 24. Juni 1975 (dort auch das vorige Zitat).